

Wer braucht Theologie in der Kirche?

Interview mit Annette Kurschus und Christine Axt-Piscalar

Die Ratsvorsitzende der EKD Annette Kurschus und die Göttinger Theologieprofessorin Christine Axt-Piscalar streiten vor dem Hintergrund der Krise der Kirche über die Relevanz, Zukunft und Faszination der Theologie. Über die Angst vor Glaubensverlust und die Kritik am Praxisbezug, die Bedeutung der Theologie für eine profilierte Wahrnehmung des Protestantismus in der Öffentlichkeit und für die Leitung der Kirche, die geplante Einführung eines Christlichen Religionsunterrichts in Niedersachsen, die Frage, ob die Zukunft der Kirche in digitalen Formaten liegt und über die bleibende Fremdheit der Bibel. Sie nehmen Stellung zur kirchlichen Aufarbeitung des Missbrauchsskandals und zu den ethischen Herausforderungen des Ukrainekrieges.

Streit-Kultur: Frau Kurschus, Frau Axt-Piscalar, viele Theologinnen und Theologen im Pfarramt und Lehramt empfinden heute ein bisweilen unauflösliches Spannungsverhältnis von Biographie und Theologie. Welche Bedeutung hat die wissenschaftliche Theologie in Ihrer persönlichen Biographie? Was macht dabei den Reiz der wissenschaftlichen Theologie aus? Was stört an ihr?

Annette Kurschus:

Ich hatte nach dem Abitur zunächst überhaupt nicht vor, Theologie zu studieren und Pfarrerin zu werden. Zwar haben mich theologische Fragen und Glaubenthemen schon immer sehr interessiert, aber ich konnte mir lange nicht vorstellen, den christlichen Glauben gewissermaßen zu meinem Beruf zu machen. Das schien mir zu fragil, meine Sorge war, was eigentlich passiert, wenn die Zweifel überhandnehmen sollten. Durch das ganze Theologiestudium hindurch hat mich die kritische Frage der Spötter aus den

biblischen Psalmen nicht losgelassen: „Wo ist nun dein Gott?“ (Psalm 42,4 u.a.) Mir war bange vor der Situation, ich könnte als Pfarrerin womöglich keine plausible Antwort darauf geben. Glaube ist ja nicht Wissen und Beweis.

Christine Axt-Piscalar:

Das Studium der Theologie habe ich immer als eine intellektuelle Herausforderung begriffen und gerade als eine solche intellektuelle Herausforderung geschätzt. Bibelgebrauch, Gottesdienstbesuch, Glaubenspraxis dürfen vorausgesetzt werden. Nach wie vor geht für mich von dem, was der christliche Glaube und die christliche Theologie zu denken geben, eine ungeheure Faszination aus. Dass dies dem nicht im Weg steht, die Theologie in ihrer Funktion für die Kirche zur Geltung zu bringen, darf ich vielleicht mit dem Verweis auf die vielen Gremien, in denen ich für die Kirchen engagiert bin, meine Lehrveranstaltungen, Predigten und einen Teil meiner Veröffentlichungen beantworten. Aber gegen ein unmittelbares Insistieren auf dem Praxisbezug der Theologie von Seiten der Kirchen, gegen eine Motivationslage bei Studierenden, die nur den Praxisbezug im Kopf haben und das wissenschaftliche Studium als bloß notwendige Durchgangsphase ansehen, von der man meint, sie hernach dem Vergessen anheimgeben zu können, argumentiere ich mit Verve an.

Annette Kurschus:

Als ich im Vikariat dann in der Gemeinde auf Menschen traf, die ich auf ihrem Weg des Glaubens begleiten konnte – auch dann und manchmal gerade dann, wenn ich meine eigenen Zweifel formulierte –, habe ich mehr und mehr diese Furcht verloren, mir könnte der Glaube abhandenkommen. Denn es ist einfach so: Es gibt immer wieder Dürrezeiten, in denen mein Glaube wackelt und mein Reden von Gott kleinlauter wird. Das gehört dazu, und das darf so sein. Theologie hilft mir, die Rückbindung des Glaubens an seine Quelle, an das Evangelium, wie es sich uns durch die Bibel und auch durch die verschiedenen Glaubens- und Bekenntnistraditionen der Kirchen erschließt, zu reflektieren. Das lässt mich meinem eigenen Glauben näher auf die Spur kommen, um ihn dann bezeugen und weitergeben zu können. Ich stehe mit meinem Glauben nicht allein, sondern weiß mich eingebunden in eine Gemeinschaft, in ein gemeinsames Nachdenken über Glauben und Christsein. Und ich bleibe angewiesen darauf, dass zu gewissen Zeiten andere stellvertretend für mich glauben und beten.

Streit-Kultur: Sie plädieren also beide für eine „mittelbare“ Notwendigkeit der wissenschaftlichen Theologie für die Kirchenleitung? Ginge es in der Praxis

nicht auch ohne wissenschaftliche Theologie?

Christine Axt-Piscalar:

Ich wüsste nicht, wie Leitung der Kirche gehen soll ohne wissenschaftliche Theologie. Wenn man ganz schlicht davon ausgeht, dass Leitung der Kirche das Verständnis davon voraussetzt, was Kirche ist und wozu Kirche da ist, sowie das Verständnis der damit zusammenhängenden „Gegenstände“ (Gott, Mensch, Welt), dann setzt dies wissenschaftliche Theologie voraus. Dies gilt ebenso für die profilierte Wahrnehmung des Protestantismus in der Öffentlichkeit. Die wissenschaftliche Theologie dient der Selbständigkeit in der Wahrnehmung der eigenen Profession sowie im eigenen Urteilsvermögen. Sie macht weniger anfällig für Vereinnahmung durch fremde Interessen oder eine Angleichung an diese. Sie verhilft dazu, das evangelische Christentum im öffentlichen Diskurs auf reflektierte Weise zur Geltung zu bringen.

Annette Kurschus:

Die wissenschaftliche Theologie ist für die Kirchenleitung so nötig wie Strom zum Lichtanmachen. Also unverzichtbar.

Christine Axt-Piscalar:

Der Begriff „Kirchenleitung“ ist freilich präzisierungsbedürftig...

Annette Kurschus:

Leitung, so wie ich sie verstehe, muss theologisch fundiert, reflektiert und inspiriert sein. Sie erschöpft sich nicht in Sozialtechniken. Ohne Theologie verkommen die Gesten zu Posen. Ohne Theologie droht die Rede zu Jargon zu werden und anekdotisch zu verflachen. Es ist der Zusammenhang von Glauben und Denken, von Hoffen und Diskutieren, für den es Theologie braucht. Beides muss zusammengehalten und immer wieder rückgebunden werden an das Evangelium. Theologie hat die Aufgabe, das kritische Potential der Bibel einzubringen in die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte als Kirche und mit der gegenwärtigen Praxis unseres Glaubens – sowohl im persönlichen Leben wie auch in Kirche und Gesellschaft.

Christine Axt-Piscalar:

... Leitung der Kirche üben nicht nur diejenigen aus, die von Amts wegen „Kirchenleitung“ heißen. Auch die Synoden und ebenso die wissenschaftliche Theologie üben überregionale Leitung der Kirche aus. In den Ortsgemeinden sind es die Kirchenvorstände und alles Glaubensvolk, die das Recht und die Pflicht haben, Lehre und Predigt daraufhin zu prüfen, ob sie dem Evangelium entsprechen. Leitung der Kirche ist im evangelischen Kontext eine Aufgabe der ganzen Glaubensgemeinschaft. Darauf ‚aufruhend‘ gibt es den Dienst der Kirchenleitung im engeren Sinn. Auf diesen bezogen

habe ich die Bedeutung wissenschaftlicher Theologie aus den besagten Gründen behauptet.

Annette Kurschus:

Und deshalb ist Theologie vor jeder Spezialwissenschaft von der Kirchenleitung zuerst und ganz basal eine Kunst des Zuhörens, ja mehr noch eine Kunst des Hinhörens. Im Theologiestudium wird die Kunst geübt, Glauben und religiöse Überzeugung auf eine reflektierte Weise in die Sprache der Öffentlichkeit zu übersetzen, ohne dabei ihren Gegenstand zu profanisieren. Wissenschaftliche Theologie schützt uns davor, dass Glaube in eine esoterische Parallelwirklichkeit abdriftet. Sie bewahrt Kirche davor, zu einer Sekte zu werden, die sich aus der Welt herausnimmt und sich nach außen hin abschottet. Insofern hilft sie uns, kommunikationsfähig und rechen-schaftsfähig zu bleiben, und dient unserem Verkündigungs- und Zeugnisauftrag als Christen mitten in der Welt.

Streit-Kultur: Wie schätzen Sie es dann ein, wie wissenschaftliche Theologie und ‚Kirchenleitung‘ sich derzeit gegenseitig wahrnehmen?

Annette Kurschus:

Das Verhältnis von wissenschaftlicher Theologie und Kirchenleitung war ja immer spannungsvoll. Meines Erachtens muss das auch so sein, weil wir uns wechselseitig bei der Sache halten. Schleiermacher, der „Kirchenvater“ des 19. Jahrhunderts, hat die Theologie als eine positive Wissenschaft beschrieben, d.h. sie findet ihre Bestimmung in der Aufgabe der Kirchenleitung – im weitesten Sinne. Ohne die Ausrichtung auf diese Aufgabe weiß die Theologie eigentlich gar nicht, was sie tun soll. Dann zerfällt sie in ihre Einzeldisziplinen. Umgekehrt ist es im Prinzip ähnlich. Eine verantwortliche Kirchenleitung ist ohne Theologie nicht möglich.

Christine Axt-Piscalar:

Das ist richtig, es scheint sich aber eine Tendenz bei der Kirchenleitung abzuzeichnen bzw. zu verstärken, die dahingeht, den sogenannten Praxisbezug der Kirche hervorzuheben und die wissenschaftliche Theologie mit den Vorzeichen „zu abstrakt“, „zu wissenschaftlich“, „zu theoretisch“, „nicht öffentlichkeitswirksam genug ausgerichtet“ zu versehen. Auch scheint sich die Kirchenleitung in ihrer Agenda nicht allzu gerne durch das Urteil der wissenschaftlichen Theologie stören lassen zu wollen, will heißen: die notwendig auch kritische Funktion der wissenschaftlichen Theologie in ihrer Funktion für die Kirche

wird nicht immer konstruktiv aufgegriffen. Das Verhältnis zwischen Kirchenleitung und wissenschaftlicher Theologie ist dort, wo die besagten Vorbehalte von Seiten der Kirchenleitung explizit oder unterschwellig mitspielen, zum Nachteil für beide teilweise eher unterkühlt. Das ist zudem insofern problematisch, als diese Vorbehalte vermittelt über die Haltung der Kirchenleitung auch die Studierenden erreichen, wo es doch darum zu tun wäre, gerade auch für den wissenschaftlichen Charakter der Theologie zu werben und nicht unmittelbar auf die Funktion für den kirchlichen Dienst unter dem Label des Praxisbezugs abzustellen.

Annette Kurschus:

Auch den Studierenden müsste man ja zeigen: Ohne Theologie wird Kirche orientierungslos bzw. ist eine verantwortliche, am Evangelium ausgerichtete Leitung unmöglich. Die Kirche läuft dann Gefahr, in Abhängigkeit vom Zeitgeist zu geraten, und weiß auch nicht mehr, was sie tun soll. Akademische Lehre und kirchliche Praxis sind jeweils eigenständige Formen von Theologie, aber sie bleiben kritisch aufeinander angewiesen – die eine kann es nicht ohne die andere geben.

Streit-Kultur: Was müssen dann der Pfarrer und die Pfarrerin der Zukunft aus Ihrer Sicht im heutigen Studium

lernen? Braucht es etwa noch die drei alten Sprachen und wenn ja, auf welchem Niveau?

Annette Kurschus:

Theologie hat viel mit Sprachkompetenz zu tun; vor allem für uns Evangelische, die wir uns als Kirche des Wortes verstehen. Ich will das allerdings nicht zu eng auf die drei alten Sprachen beziehen. Für mich persönlich ist es tatsächlich ein großer Gewinn, die biblischen Texte in ihrer jeweiligen Ursprache lesen zu können. Ich übe mich darin bis heute, weil sich mir damit eine heilsam und wunderbar fremde Welt öffnet. Durch Sprache tun sich ungeahnte Zugänge zum Verständnis auf. Die möchte ich nicht missen, und für mich selbst gehören die alten Sprachen zwingend zum vertieften theologischen Arbeiten hinzu. Ich nehme jedoch zur Kenntnis: Die Erwartung, das Latinum, Hebraicum und Graecum vorweisen zu können, hält viele ansonsten interessierte junge Leute davon ab, sich für ein Theologiestudium zu entscheiden. Da wir dringend Pfarrnachwuchs gewinnen möchten, ist es eine Überlegung wert, die Hürden hier zu überprüfen. Weiterhin halte ich es aber für unverzichtbar, dass Pfarrerinnen und Pfarrer „Schriftgelehrte“ im ursprünglichsten Sinne dieses Wortes sind und die Heilige Schrift im Urtext erschließen können. Fraglich ist allerdings, ob die sprachlichen Kenntnisse

so umfangreich sein müssen, dass sie die griechischen Klassiker übersetzen können. Es gibt Überlegungen in unserer Kirche, ob die Anforderungen hier in einem vertretbaren Maß angepasst werden könnten. Wenn ich von der Übersetzungsaufgabe der Theologie spreche, meine ich damit auch eine weiter gefasste Mehrsprachigkeit: das Gespür für die Sprache der Bibel und ebenso für die Sprache der Gegenwart. Genau genommen müssen wir in beiden Fällen von Sprachen im Plural reden.

Aktuell nehme ich insbesondere drei große Herausforderungen wahr und denke darüber nach, was es für die Theologie bedeutet, wenn wir diese Herausforderungen als Frage an unsere Sprachkompetenz begreifen. Zum einen beunruhigt mich der zunehmende Vertrauensverlust der Kirchen in unserer Gesellschaft. In der jüngsten Mitgliedschaftsuntersuchung rückt das Phänomen einer wachsenden religiösen Indifferenz in den Fokus. Während der letzten Jahren ist noch etwas anderes hinzugekommen: Das gesellschaftliche Klima gegenüber der Kirche verändert sich gravierend. Die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen in Deutschland wird von immer mehr Menschen als eine unangemessene Privilegierung empfunden. Sexualisierte Gewalt im Raum der Kirche hat einen großen Anteil an dieser Entwicklung, aber sie ist nicht allein dafür verantwortlich. Es gibt ein großes Misstrauen gegenüber der Art, wie Kirche mit

Fällen sexualisierter Gewalt in ihren Reihen umgeht. Der Religionssoziologe D. Pollack hat darauf hingewiesen, dass die Kombination von religiöser Indifferenz und ablehnender Haltung gegenüber den Kirchen ein relativ neues Phänomen ist. Wir beobachten das auch an den steigenden Austrittszahlen. Ich frage, wie wir verloren gegangenes Vertrauen wiedergewinnen können. Wie kann unser Reden von Gott auf diesem Hintergrund gehört und ernstgenommen werden?

Zweitens beobachte ich in unserer Gesellschaft eine zunehmende Erschöpfung und Überforderung. Zwei Jahre Corona und jetzt der Ukrainekrieg haben viele Menschen an Belastungsgrenzen geführt. Sie reagieren darauf entweder mit einer zunehmenden Aggressivität oder aber mit einer wachsenden Erschöpfung. Der deutsch-koreanische Philosoph Byung Chul Han spricht von einer „Müdigkeitsgesellschaft“. Die Frage ist, wie wir vom Evangelium her auf diese Überforderung reagieren. Das Evangelium ist „eine Kraft, die in den Schwachen mächtig ist“: Was bedeutet dieser biblische Satz für unsere Verkündigung, für unsere Seelsorge und nicht zuletzt für die Bildungsarbeit der Kirche?

Die Digitalisierung bleibt für mich eine dritte prominente Herausforderung. Auch sie verändert unsere Gesellschaft tiefgreifend. Am Beispiel der Digitalisierung wird deutlich, wie eng Gemeinschaft und Kommunikation zusammenhängen, wie

schnell beides auseinanderbrechen kann und eine Gesellschaft fragmentiert wird bis hin zur völligen Polarisierung. Trotz Dauerkommunikation über soziale Medien schwindet der gesellschaftliche Zusammenhalt und diffundiert der öffentliche Raum in geschlossene Kommunikationsblasen. Für uns als Kirche stellt sich die Frage, welchen Beitrag wir für eine offene und demokratische Gesellschaft leisten können und wie wir Menschen heute in Kontakt mit dem Evangelium bringen können.

Christine Axt-Piscalar:

Alle diejenigen, die das *publice docere* (CA XIV) wahrnehmen – das sind nicht nur die Pfarrerinnen und Pfarrer, sondern auch die Lehrerinnen und Lehrer und andere dazu Beauftragte – sollten das Spezifische des christlichen Glaubens – den Identitätsmarker der christlichen Religion – reflektiert haben und in der Lage sein, das eigentlich christliche Gottes-, Selbst- und Weltverständnis vor allem Volk kompetent vertreten zu können. Identitätsmarker sage ich. Es geht um das Spezifische der christlichen Religion und das im Horizont des christlichen Gottesgedankens freigesetzte Selbst- und Weltverhältnis. Dies erfordert eine intellektuelle – ich gebrauche das Wort bewusst – Auseinandersetzung mit den Gehalten der christlichen Religion. Ohne diese Grundlage hängen alle Vermittlungsvollzüge, welcher Art auch immer,

in der Luft. Insofern sollte die Ausbildung primär auf die Reflexion dieses Identitätsmarkers ausgerichtet sein. Dies halte ich für eminent ‚praxisbezogen‘, denn wer um das Eigene nicht weiß, kann es nicht nur nicht gegenüber den Mitgliedern der eigenen Glaubensgemeinschaft, sondern auch nicht gegenüber Andersgläubigen und gegenüber den Anfragen der säkularen Öffentlichkeit vertreten. Es wäre viel geholfen, wenn der Identitätsmarker der christlichen Religion klar erfasst und von den Christenmenschen eigenständig beschrieben werden könnte, insbesondere von denen, die das *publice docere* wahrnehmen.

An der Arbeit, das Eigentümliche der christlichen Religion und ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart zu erfassen, sind alle theologischen Disziplinen auf je ihre Weise beteiligt. Das Studium der Theologie ist – wie alle wissenschaftliche Arbeit – zunächst einmal *Selbstzweck*: Es dient der reflektierten und selbständigen Beschäftigung mit einem „Gegenstand“. Die *intellektuelle* Selbstzwecklichkeit wissenschaftlicher Arbeit ist eine zentrale Dimension des Studiums der Theologie. Dieses dient sodann auch der Ausbildung für eine bestimmte Berufstätigkeit. Beides gehört unauflösbar zusammen. Das zeichnet das Studium der Evangelischen Theologie gerade im deutschen Kontext aus; und es prägt das Verständnis und den Anspruch, den die Evangelische Theologie und Kirche

für das *publice docere* zum Zug bringen. Diese Wahrnehmung von Theologie ist geprägt von der Reformation und der Aufklärung. In dieser spezifisch geprägten Wahrnehmung von Theologie liegt eine Besonderheit gerade der theologischen Ausbildung in Deutschland. Diese Besonderheit ist eine Stärke; und Stärken sollte man pflegen.

Wenn Einigkeit darüber herrscht, dass zuvörderst der Identitätsmarker reflektiert wahrzunehmen ist – und dies dient den „Kernaufgaben“ in der Gemeinde (Predigt, Seelsorge, Gemeindegemeinschaft) –, dann sind – darauf aufbauend – solche Kompetenzen zu stärken, die den pfarramtlichen Dienst in Gegenwart und Zukunft stärker herausfordern werden, nämlich die reflektierte Kompetenz insbesondere in ökumenischer Theologie, sodann in interkultureller Theologie und im interreligiösen Diskurs sowie im Umgang mit digitalen Medien.

Nun zu den alten Sprachen: Es sollte unstrittig sein, dass das Studium der Schrift in den Ursprachen zu demjenigen gehört, was gerade eine der reformatorischen Tradition verpflichtete Theologie und Kirche zu pflegen hat. Es sollte ferner unstrittig sein, dass die Beschäftigung mit den alten Sprachen (das Latein inbegriffen) eine fremde Welt und ihre eigentümlichen Vorstellungshorizonte erschließt; und ebenso, dass die Beschäftigung mit alten Sprachen eine besondere Fähigkeit vermittelt, mit Sprache in ihrer Eigenart umzugehen und

dies dann auch für den eigenen Umgang mit Sprache fruchtbar zu machen. Dies alles ist kein Ballast, sondern eine Bereicherung, die sonst kaum ein Studium erschließt. Die Theologie nimmt insofern auch etwas wahr, was im gesellschaftlichen Kontext und der zunehmend digitalisierten Denkungsart unterzugehen droht; auch diesen Aspekt finde ich berücksichtigungswert.

Nun ist es unstrittig, dass das Studium der alten Sprachen nur dann eine gewisse Souveränität und Freude an der Sache vermittelt, wenn es nicht bei der Vermittlung von Kenntnissen bleibt, wenn also das Gelernte tatsächlich auch einigermaßen souverän gehandhabt werden kann. Dies scheint mir die zentrale Frage an die Ausbildung und auch ein Hinweis auf die Frage nach dem erforderlichen Niveau zu sein. Es scheint mir geraten, dass diese Frage der konkreten Ausbildung in einem Format behandelt wird, an dem die Kirchenleitung, die Fakultät, diejenigen, die in den Sprachen ausbilden, und insbesondere ein breites Spektrum der Studierendenschaft beteiligt sind und darüber beraten.

Streit-Kultur: Nehmen wir doch einen konkreten Fall: den geplanten neuen Religionsunterricht in Niedersachsen, der evangelische und katholische Religionslehre faktisch als Schulfach zusammenführt: Ist das aus Ihrer Sicht vom Verfahren

und inhaltlich auf einem guten Weg oder widerspricht das Vorgehen dem ‚publice docere‘ und der Kommunikation spezifisch protestantischer Identitätsmarker?

Christine Axt-Piscalar:

Vom Verfahren her scheint es mir so zu sein, dass das Ziel, die Einführung des Christlichen Religionsunterrichts in gemeinsamer Verantwortung (CRU), bei denjenigen Verantwortlichen, die die Sache vorantreiben wollten, feststand und man dann Konsultationen in großem Rahmen veranstaltet hat und noch veranstaltet, um u.a. etwa die Expertise aus den Fakultäten zu hören; ähnliches gilt offenbar für die Lehrerschaft. Dass diese Diskussionen um den CRU „ergebnisoffen“ geführt wurden, wird man zumindest meinem Eindruck nach nicht unbedingt sagen können. „Faktisch als Schulfach zusammenführt“- konkret geht es um die Fragen: Inwiefern *soll* und inwiefern *kann* in der Durchführung des CRU an der Konfessionsbestimmtheit des Religionsunterrichts festgehalten werden? Oder zielt der CRU – dezidiert verstanden als Weiterentwicklung des kooperativen Religionsunterrichts – auf einen überkonfessionellen christlichen Religionsunterricht? Das erstere würde bedeuten, dass aus der Perspektive des Evangelischen – ökumenisch aufgeschlossen – das Katholische in seiner Eigentümlichkeit in den Blick genommen und gewürdigt

wird – und *vice versa*. Das andere würde bedeuten, dass das überkonfessionell Christliche Thema des CRU ist, wobei zu klären wäre, worin dies überkonfessionell Christliche von beiden Konfessionen gesehen wird, ob die beanspruchte Einigkeit in demselben so auch tatsächlich gegeben ist und wie die bestehenden Differenzen zu beurteilen sind. Ferner wäre dann zu klären, wie über das überkonfessionell Christliche hinaus die Konfessionsbestimmtheit noch eine Rolle spielt. Denn dass sie eine Rolle spielen soll, wird von beiden Konfessionen gemeinhin bekräftigt. Und dies nicht nur der verfassungsrechtlich gewährleisteten Konfessionsbestimmtheit des Religionsunterrichts wegen, sondern, so möchte ich doch meinen, aus dem eigenen Interesse der Kirchen heraus. Da das Ziel, die Einführung des CRU, nach dem Willen der maßgeblich dafür Verantwortlichen offenbar feststeht, wird es nun vor allem um die Frage der konkreten *inhaltlichen* Durchführung und der *Durchführbarkeit* im Ganzen gehen müssen. Diesbezüglich besteht noch deutlicher Klärungsbedarf. Ich will nun aber bei aller Kritik das übergeordnete Interesse der Kirchen doch auch würdigen, das sie mit dem CRU verfolgen: nämlich ein Modell zu entwickeln, das den Religionsunterricht in Niedersachsen angesichts des deutlichen Schrumpfens der Kirchenmitgliederzahlen und des dadurch früher oder später aufkommenden politischen Drucks zu sichern

versucht. Das dbzgl. Verfahren, so scheint mir, hätte insgesamt besser abgestimmt werden können, und der nach wie vor noch bestehende erhebliche Klärungsbedarf müsste offener diskutiert und erst dann einer Entscheidung zugeführt werden.

Annette Kurschus:

Innerhalb der letzten Jahrzehnte ist eine stetige Abnahme des Anteils christlich getaufter Schüler und Schülerinnen festzustellen. Das klassische Modell des getrennten konfessionellen Religionsunterrichts funktioniert faktisch jetzt schon an vielen Orten nicht mehr. Hinzu kommt, dass sowohl im evangelischen als auch im katholischen Religionsunterricht sämtlicher Schularten heute nicht selten nur noch weniger als die Hälfte der Schüler und Schülerinnen einer christlichen Kirche angehören. Das fordert den Religionsunterricht auf ungeahnte Weise heraus.

Die EKD hatte sich bereits 1994 in ihrer Denkschrift „Identität und Verständigung“ zu „Standort und Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität“ für einen konfessionell mehrseitig kooperativen Religionsunterricht ausgesprochen. Die Diskussion um alternative Modelle zum klassischen konfessionellen RU ist insofern schon älter und wurde auch in der Kirche immer schon im Gespräch mit Theologie und Religionspädagogik geführt. Ich teile insofern die Kritik nicht, Kirche habe hier

rein pragmatisch schon entschieden und theologische Begründungen würden lediglich nachgeschoben. In Niedersachsen geht es jetzt um die Weiterentwicklung des Kooperationsmodells hin zu einem gemeinsam von beiden Konfessionen verantworteten christlichen Religionsunterricht. Die EKD hat in verschiedenen Gutachten die verfassungsrechtlichen und theologischen Voraussetzungen hierfür prüfen lassen.

Die vom Grundgesetz geforderte und von den Kirchen grundsätzlich bejahte Ausrichtung an den Glaubenssätzen der beteiligten Religionsgemeinschaften ist nach aktueller rechtlicher Einschätzung nicht zwingend mit einer organisatorischen Trennung gleichzusetzen. Es geht vielmehr um eine gemeinsame Verantwortungsstruktur für die Inhalte des Religionsunterrichts, die beide Kirchen gleichberechtigt beteiligt und einen interreligiös dialogisch ausgerichteten Unterricht unabhängig von der Konfessions- oder Religionszugehörigkeit der Schüler und Schülerinnen ermöglicht. Ein solcher gemeinsam verantworteter christlicher Religionsunterricht ist von den Kirchen selbst theologisch und religionspädagogisch zu begründen. Den Bestimmungen des GG wird dabei insofern Rechnung getragen, als die Bekenntnisgrundlagen beider Kirchen zugrunde gelegt werden, wobei die Gemeinsamkeiten die Grundlage des gemeinsam verantworteten Unterrichts

bilden und die Differenzen im Sinne einer Binnendifferenzierung behandelt werden.

In Westfalen gehen wir einen anderen Weg als in Niedersachsen, weil die religiöse Landschaft in unserer Region heterogener ist. Hier treiben wir keinen christlichen, sondern einen konfessionell kooperativen Religionsunterricht voran. Wie auch immer: Wichtig ist mir, dass es in Niedersachsen und in NRW weder um einen lediglich religionskundlichen Unterricht geht noch um einen überkonfessionellen Unterricht, der die konfessionellen und religiösen Unterschiede nivelliert. Beides hielte ich für eine unvermeidbare Fehlentwicklung, die so auch nicht vom Grundgesetz gedeckt wäre. Religion ist eine Haltung, die Menschen hilft, die Welt zu erschließen und Kontingenzen zu bewältigen. Dieser Zugang zu Sinn und Orientierung darf Kindern nicht vorenthalten werden. Aus diesem Grund ist der bekenntnisgebundene Religionsunterricht durch das Verfassungsrecht garantiert.

Ich bin überzeugt, dass die konfessionelle Kooperation bis hin zu einem gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterricht die religiöse Bildung an den Schulen stärkt. Ich halte dies für den angemessenen Weg, der zunehmenden religiösen und kulturellen Heterogenität wie auch der Konfessionslosigkeit der Schülerschaft angemessen zu begegnen. In Niedersachsen wurde hierfür ein gemeinsamer Prozess angestoßen, ähnliche Entwicklungen gibt es in vielen anderen

Bundesländern und Landeskirchen. Ich verfolge das mit großer Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Streit-Kultur: Weiten wir einmal den Blick: welche möglicherweise auch neuen Formate zur Begegnung von wissenschaftlicher Theologie und Kirchenleitung – vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Eigenständigkeit und wechselseitigen Bezogenheit – erachten Sie generell als sinnvoll?

Christine Axt-Piscalar:

Das bereits eingespielte Format der „Konsultation zwischen Kirchenleitung und wissenschaftlicher Theologie“, die alle drei Jahre entweder in der Verantwortung der UEK oder der VELKD stattfindet, ist ein durchaus erfolgreiches Format, was die Zusammensetzung der daran Beteiligten und die jeweils verhandelten Themen angeht.

Annette Kurschus:

Wenn Theologie und Kirche auseinanderdriften, sehe ich das mit großer Sorge. Auf der einen Seite gibt es eine immer weiter fortschreitende Spezialisierung der theologischen Disziplinen, bei der der Bezug auf die kirchliche Funktion von Theologie verlorenzugehen droht, auf der anderen Seite einen kirchlichen Pragmatismus, der sich

nur noch peripher für theologische Fragen interessiert. Ich beobachte, dass Theologiestudierende sich sehr früh festlegen müssen, ob sie einen akademischen oder einen kirchlichen Berufsweg anstreben. Wenn diese Entscheidung einmal gefallen ist, ist ein Wechsel kaum noch möglich. Das tut beiden Seiten nicht gut. Es braucht vielmehr einen beständigen Austausch; den wünsche ich mir auf allen Ebenen. Wenn in der akademischen Arbeit der Erfahrungshorizont des ordinierten Amtes wegbriecht und umgekehrt der kirchliche Dienst sich zunehmend von einer wissenschaftlich verantworteten theologischen Reflexion entfremdet, ist das ein folgenreiches Problem. Es braucht nicht nur das Gespräch zwischen Theologie und Kirche, sondern es braucht auch auf beiden Seiten „Grenzgänger“ und „Brückenbauerinnen“, Menschen also, die beide Erfahrungshorizonte glaubwürdig und überzeugend miteinander verbinden. Ich bin sehr froh, dass mit Heike Springhart in Baden und Beate Hofmann in Kurhessen-Waldeck zwei akademisch profilierte Theologinnen in kirchliche Leitungsgremien gewählt wurden.

Christine Axt-Piscalar:

Auf der Ebene der EKD wiederum bilden ja, genauer gesagt bildeten, wenn ich recht informiert bin, die verschiedenen Kammern eine zentrale Verlinkung zwischen Kirchenleitung und wissenschaftlicher Theologie – mit dem Effekt, dass die EKD ihre Arbeit

und ihre Außendarstellung an die Arbeit der wissenschaftlichen Theologie rückgebunden versteht; umgekehrt stehen die Mitglieder der Kammern für eine Verlinkung dessen, was im Rahmen der EKD thematisch verhandelt wird, in die Fakultäten hinein. Ob diese Verlinkung mit dem vom Rat beschlossenen und das bisherige Format der Kammer ersetzenden neuen Modell eines „Netzwerks“, bestehend aus einem Pool von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die für die Bearbeitung eines Themas in einer Kommission jeweils zusammengesetzt werden, in befriedigender Weise gegeben sein wird, ist zu diskutieren. Konkret: Was verschiebt sich damit im Blick auf die Arbeit der EKD und ihre Außendarstellung und was im Blick auf die Verlinkung in die Fakultäten? Auf der Ebene der gliedkirchlichen Bünde gibt es die Theologischen Ausschüsse der UEK und der VELKD, die für die besagte Verlinkung eintreten und in selbständiger Weise Themen behandeln, die für die Wahrnehmung von Kirchenleitung im Blick auf aktuelle Herausforderungen sowie hinsichtlich theologischer Grundsatzfragen ihre Arbeit tun.

Annette Kurschus:

Die zugrundeliegende Idee des Kammernetzwerks war es, die Kammerarbeit weiterzuentwickeln, sie flexibler zu gestalten und zugleich das ursprüngliche Anliegen, wie es gerade beschrieben wurde, zu erhalten. Die

Flexibilisierung betrifft sowohl die Steuerung der Kammerarbeit, die Form und den zeitlichen Rahmen der Bearbeitung einzelner Themen und Fragestellungen, aber auch wechselnde personelle Konstellationen in der konkreten Arbeit. Die Trennung zwischen klassischer Kammerarbeit und der Berufung von Ad-hoc-Kommissionen wird damit ein Stück weit aufgehoben. Der Rat wird das sehr genau beobachten und gegebenenfalls nachjustieren.

Streit-Kultur: Bei all der Rede von Kammern, Gremien und „Netzwerken“ einmal provokant gefragt: Was unterscheidet die EKD von einer (politisch-) religiös motivierten NGO?

Annette Kurschus:

Die Botschaft von der Liebe Gottes, die wir in die Welt tragen, hat politisches Potenzial, aber sie geht nicht in einer politischen Mission auf. Gott zeigt sich in Jesus Christus eindeutig parteiisch für die Schwachen und diejenigen, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Solche im Evangelium angelegte Parteinahme ist in keiner Weise parteipolitisch festgelegt, und sie darf sich auch nicht staatlich vereinnahmen lassen. Sie geht in der praktischen Hilfe in konkreten Notlagen zugleich über die bloße politische Einflussnahme hinaus.

Hier gibt es eine große Nähe zu klassischen NGOs. Auch NGOs sind unterwegs mit einer klaren „Mission“, sie sind unabhängig, streben nicht nach Gewinn, zielen auf das Gemeinwohl und praktischen Einsatz und Verantwortung. Die Liebe zu den Menschen, das Engagement für Frieden, für Gerechtigkeit und für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung teilen wir als Kirche mit vielen NGOs. Die Liebe zu Gott unterscheidet uns zugleich von ihnen. Die Evangelische Kirche arbeitet daher auf vielen Gebieten eng mit NGOs zusammen – in der Seenotrettung, bei der Katastrophenhilfe, auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, im Bereich des Umweltschutzes und im Kampf gegen den Klimawandel. Mir sind solche Partnerschaften wichtig; und wichtig ist mir zugleich, dass Kirche in diesem Engagement nicht aufgeht. Wir können und müssen nicht die Welt retten – das bleibt Gott vorbehalten. Diese Gewissheit, die uns an unser menschliches Maß erinnert, entlastet und bewahrt vor Illusionen. Und diese Gewissheit macht gerade durch die Entlastung ungeheuer stark und mutig.

Christine Axt-Piscalar:

Was die EKD ihrem ekklesiologischen Selbstverständnis nach ist, in der – theologisch wohlgedachten – Grundordnung der EKD, insbesondere im grundlegenden Teil, der „Präambel“ und den Artikeln 1 bis 5, formuliert. Sie seien Freunden wie

Kritikern der EKD zur Lektüre empfohlen. Indem die EKD sich so, wie es die Grundordnung festhält, versteht, sich daran ausrichtet und danach handelt, ist sie als Gemeinschaft der Gliedkirchen Kirche.¹ Daran hat sie den Maßstab ihres ekklesiologischen Selbstverständnisses und ihres kirchenleitenden Handelns. Wenn die EKD sich äußert, insbesondere auch wenn sie sich religiös-politisch äußert, dann sollte dies, dass sie als Kirche, also begründet in ihrem theologischen Selbstverständnis, das Wort ergreift, auch entsprechend wahrnehmbar sein. Dass dies in den zurückliegenden Jahrzehnten im bevorzugt politisch-sozialen und öffentlichkeitswirksam ausgerichteten Engagement der EKD nicht immer in dem erforderlichen Maß der Fall war, heißt nach vorne gewandt: Es in dieser Hinsicht besser zu machen. Dazu gehört auch, von den Medien stärker einzufordern, dass sie in ihrer Berichterstattung über kirchliche Stellungnahmen die christlich-theologischen Teile der Argumentation nicht zugunsten eines politisch affektorientierten Nachrichtenswertes ausblenden.

Annette Kurschus:

Aber der Vergleich mit den NGOs hat noch eine andere Facette. Kirche steht gegenwärtig vor der großen Aufgabe, sich von einer Institution mit Behördenstruktur hin zu einer flexiblen Organisation zu wandeln. Menschen werden heute nicht mehr selbstverständlich in die Kirche hineingeboren und gehören ihr dann bis zum Tod an; sie entscheiden sich vielmehr bewusst für oder auch gegen eine Kirchenmitgliedschaft. Diese Entscheidung steht in jeder Lebensphase neu auf dem Prüfstand. Das verändert nicht nur das Verhältnis der Kirchen zu ihren Mitgliedern. Hier können Kirchen viel von NGOs lernen, was Mitgliederorientierung, Organisation und Kommunikation angeht. NGOs müssen weniger integrativ nach innen wirken und können deshalb nach außen bewusst stärker polarisieren. Was die EKD ist – insbesondere in einem geistlichen Sinn als Leib Christi – geht nicht in ihren Mitgliedern auf, aber es geht auch keinesfalls an ihnen vorbei. Das betrifft insbesondere den Umgang mit innerkirchlicher Vielfalt und Pluralität. Die interdisziplinäre Studie „Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung“

¹ Zur theologischen Begründung des Kircheseins der EKD, die Christine Axt-Piscalar im Zusammenhang der Diskussionen zur Ergänzung der Grundordnung durch den Satz „Als Gemeinschaft der Gliedkirchen ist die EKD Kirche“ dargelegt hat, vgl. die folgenden Beiträge: Chr. Axt-Piscalar, Zur ekklesiologischen Bedeutung der EKD und der VELKD vor dem Hintergrund der Frage nach der Bekenntnisgrundlage der EKD und der Weiterentwicklung des „Verbindungsmodells“, in: VELKD-Dokumentation, Text Nr. 167, Nov. 2013, S. 30-34; leicht redigierte Fassung in: EPD-Dokumentation der Generalsynode der VELKD, Heft 3, 2014, 7-11; sowie dies., Einheit in gestalteter Vielfalt – zur ekklesialen Aufgabe der EKD in der Gemeinschaft der Gliedkirchen und konfessionellen Bünde, in: W. Klän / B. Oberdorfer (Hgg.), Bekenntnisbildung und Bekenntnisbindung, Göttingen 2019, 120-129.

hat jüngst ergeben, dass rechtspopulistische Anschauungen unter den Mitgliedern der EKD kaum weniger verbreitet sind als in der übrigen Gesellschaft. Die EKD ist insofern – anders als etwa der Verein Pro Asyl e.V. – ein Spiegel der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite. Ich halte diese empirische Realität aber nicht per se für eine kirchliche Schwäche. Solange Menschen mit rechtspopulistischen Ressentiments zu uns gehören, haben wir immerhin Möglichkeiten, sie zu erreichen und gegen ihre Radikalisierung zu wirken. Das fordert uns heraus, theologisch und geistlich aber auch ganz praktisch in der Gemeindegarbeit.

Streit-Kultur: Apropos Gemeindegarbeit: Sehen Sie einen Abbruch der Gottesdienstkultur nach der Corona-Pandemie? Welche Bedeutung hat dies für Theologie und Kirche?

Annette Kurschus:

Ich würde hier differenzieren. Zunächst einmal nehme ich wahr, dass Corona in vielen Gemeinden wie ein Katalysator gewirkt und dabei ein enormes Potenzial offengelegt hat. Digitale Möglichkeiten und Formate im Bereich von Gottesdienst und Verkündigung wurden vor Corona in vielen Kirchengemeinden eher zögerlich aufgenommen und oft stiefmütterlich behandelt. Das war

ein „Nischenprodukt“ für computeraffine „Nerds“. Es war schon bemerkenswert, wie schnell sich das geändert hat und wie sich Gemeinden beinahe flächendeckend bereits zu Beginn der Pandemie umgestellt haben. Das Maß an Kreativität und die Bereitschaft, sich auf neue Techniken wie Zoom einzulassen, hat mich überrascht und beeindruckt.

Christine Axt-Piscalar:

Ob es einen Abbruch der Gottesdienstkultur nach Corona gibt und in welchem Ausmaß, kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur im Blick auf die Gemeinden etwas sagen, in denen ich selbst praktiziere. Und diese Frage lässt sich wohl angemessen nur beantworten, indem man die gegebenen, nicht geringen Unterschiede in den einzelnen Gemeinden wahrnimmt und nicht generaliter von einem Abbruch der Gottesdienstkultur spricht. Wenn „Abbruch“ einen deutlichen corona-bedingten Rückgang des Gottesdienstbesuches bezeichnen soll, dann sehe ich das eigentlich so nicht. Wenn Sie aber mit dem Abbruch der Gottesdienstkultur auf die Bedeutung der digitalen Gottesdienste anspielen, war ich und bin ich in der Reserve gegenüber dem Hype für die digitalen Formate, mit dem der Anspruch einherging, dass in diesen die – mit entsprechendem Pathos gesprochen – ‚Kirche der Zukunft‘ liege. Dies halte ich bei allem Verständnis für die Vielfalt dieser digitalen Formen und das dahinterstehende

Engagement für einseitig; und der Hype scheint mir auch schon an Schwung verloren zu haben. Ich würde diesbezüglich gerne auf die fundamentalanthropologische Bedeutung von face-to-face Begegnung, von Begegnung in leiblicher Präsenz, von dem Eigenwert der Präsenzerfahrung, die sich gerade dabei und so nur auf diese Weise einstellt, eingehen, und würde von daher die Bedeutung der gottesdienstlichen Vollzüge –, insbesondere, aber nicht allein den Vollzug des Abendmahls – beschreiben.

Annette Kurschus:

Ja, sicher muss man realistischer Weise auch damit rechnen, dass das die Wirkung der Pandemie als Katalysator für laufende Entwicklungen ebenso in negativer Hinsicht gilt. Corona hat auch Entfremdungsprozesse von Kirche beschleunigt. Ich rechne nicht damit, dass alle, die wegen Corona am Sonntag dem Gottesdienst räumlich ferngeblieben sind, nach dem Ende der Pandemie – wann auch immer das sein wird – wieder zurückkehren werden. Das gilt, obwohl vielfach die Sehnsucht geäußert wird nach persönlicher Begegnung und Zusammenkünften in leiblicher Präsenz. Offenbar haben viele Menschen je länger desto deutlicher gespürt, wie viel persönliche Freiheit durch Corona verloren ging, wie viele soziale Kontakte auf der Strecke blieben, wie viel vertraute Gemeinschaft plötzlich unmöglich war. Mit der Sehnsucht verbindet sich

allerdings oft auch die Idealisierung eines vergangenen Zustandes. Das führt mitunter zu regressiven Reflexen: „Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war?“ wie es ein Buchtitel von Joachim Meyerhoff formuliert. Ich gehe davon aus, dass wir uns neben etlichen Bereicherungen auch auf allerlei Enttäuschungen und Abbrüche einstellen müssen.

Vermutlich werden sich in Zukunft digitale Formen mit traditionellen Formaten immer stärker vermischen, und daraus wird Neues entstehen; in jedem Fall wird es eine größere Formenvielfalt geben. Während der Pandemie wurde eine Menge ausprobiert, nicht alles hat sich bewährt. An manchen Stellen bedarf es auch theologischer Klärungen – wie verändert sich Gemeinschaft durch digitale Medien? Welche Rolle spielen Leiblichkeit und Leiberfahrung im Gottesdienst? Wie verhalten sich analoge Gemeinden vor Ort zu neuen digitalen Gemeinden im Netz? Corona hat uns die Verletzlichkeit und Endlichkeit menschlichen Lebens vor Augen geführt. Das ist eine tiefgreifende Herausforderung an kirchliche Verkündigung und Seelsorge.

Streit-Kultur: Bleiben wir beim Medienthema im weiteren Sinne. Welche Bedeutung hat die Bibel faktisch für Kirchenleitungen und wissenschaftliche Theologie? Sollte sich daran etwas ändern?

Annette Kurschus:

Das Wort Gottes hat umso mehr Gewicht in einer Zeit des rohen Geschwätzes, der dauernden Selbstwiederholung und der schnell herbei- und weggeklickten Bilder. Die Bibel ist in ihrer Sprache, mit ihren Geschichten und Texten heilsam fremd – und eben dadurch wirksam. Ich liebe an der Bibel neben ihrer sprachlichen Kraft dieses Widerständige bis hin zum Widersprüchlichen, Spannungsgeladenen und Geheimnisvollen. Die biblische Vielschichtigkeit nötigt zum Nach-Denken und schützt vor Vereinnahmung – wenn man sich darauf einlässt. Die Bibel hat eine unverwechselbare Stimme, ihr eignet eine wundersame Kraft, die uns zum Leben hilft. Von Menschen aufgeschrieben, ist sie voller zutiefst menschlicher Glaubens- und Lebenserfahrungen und wird gerade so zu Gottes Wort, zur Anrede, durch die Gott selbst zu uns spricht.

Dieses Wort mischt sich ein in den aktuellen Jammer der Welt und in die Erfahrungen unseres persönlichen Lebens. Dabei steht es immer wieder auch heilsam quer zur allgemeinen Stimmungslage, bewahrt vor Kurzschlüssen und voreiligen Urteilen. Das ist gerade für Menschen wichtig, die Leitungsverantwortung in der Kirche tragen. Die Bibel nötigt uns dazu, immer wieder zu fragen, ob Entscheidungen, die wir treffen, dem Evangelium entsprechen. Kirchenleitung steht in konkreten Entscheidungssituationen vor der Aufgabe,

wissenschaftliche Einsichten, aktuelle Lebenserfahrungen und biblische Aussagen so miteinander ins Gespräch zu bringen, dass das Evangelium seine orientierende Kraft entfalten kann. Die Kammer für Theologie hat dazu einen hilfreichen Text veröffentlicht und spricht von einem „Überlegungsgleichgewicht“, bei dem verschiedene Perspektiven so verbunden werden, dass Entscheidungen in dogmatischen und ethischen Fragen sowohl sachgemäß als auch evangeliumsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gefällt werden können. Dafür gibt es kein Rezept, sondern nur den mühsamen Weg des Dialogs und der gemeinsamen Verständigung.

Christine Axt-Piscalar:

Der besagte Text, „Die Bedeutung der Bibel für kirchenleitende Entscheidungen“ (2021) hat das Thema in differenzierter Weise bearbeitet und sei zur Lektüre empfohlen; er ist übrigens ein Ausweis dafür, dass in der und für die EKD durchaus auch dezidiert theologisch gearbeitet wird. Neben diesem Text sind in den letzten Jahren eine ganze Anzahl an theologischen Grundlagentexten erschienen. Die Kritik an der allein religiös-politischen EKD ist insofern doch einseitig, so sehr ich sie teilweise durchaus nachvollziehen kann.

Annette Kurschus:

In der Gefahr, biblische Texte zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren, stehen

allerdings auch Kirchenleitungen. Bibelverse werden gelegentlich benutzt als Dekoration und Schmuck der eigenen Verlautbarungen – so wie man Petersilie über Kartoffeln streut. Oder sie werden eingesetzt, um andere Meinungen zu unterdrücken.

Wer die Bibel anderen um die Ohren haut, missbraucht sie und hat offenbar aufgehört, selbst auf sie zu hören. Wissenschaftliche Theologie nehme ich wahr als Anwältin biblischer Texte, gegen deren Vereinnahmung und Funktionalisierung.

Die Theologie erinnert uns daran, dass die Bibel lange und geduldig, mit Hirn und Herz gelesen werden muss. So vermag sie ihre Kraft zu entfalten.

Christine Axt-Piscalar:

In dem besagten Grundlagentext findet man ausgeführt, welche verschiedenen Perspektiven im Prozess der kirchenleitenden Entscheidungen zu berücksichtigen sind, um zu einem dem zu verhandelnden Sachverhalt angemessenen Urteil zu gelangen. Man findet ebenso ausgeführt, dass und inwiefern das Evangelium die orientierende und maßgebende Perspektive im Zusammenspiel der verschiedenen sachverhaltsrelevanten Perspektiven darstellt. Und man findet schöne Ausführungen dazu, welche Bedeutung die reformatorischen Bekenntnisse für den Schriftgebrauch haben – nämlich den Gebrauch der Schrift als Ganzer und alle Vollzüge der Kirche am Evangelium

auszurichten. Diese Ausführungen seien gegenüber den allenthalben kursierenden Vorbehalten, die im Blick auf die Sinnhaftigkeit des Gebrauchs der reformatorischen Bekenntnisse in kirchenleitenden Entscheidungsprozessen explizit geäußert werden oder zumindest unterschwellig mitspielen, zu erwägen gegeben, nicht zuletzt den Kirchenleitenden.

Was ich zum „Identitätsmarker“ der christlichen Religion im Blick auf das spezifische Gottes-, Selbst- und Weltverständnis gesagt und in den Fokus gerückt habe; was festgehalten wurde zur Bedeutung der alten Sprachen für die Erschließung anderer, uns zunächst einmal fremder Vorstellungshorizonte, die unser gewohntes Selbst- und Weltverständnis umzustellen vermögen, und in diesem Vermögen, uns umstellen zu können, ihren eigentümlichen Charakter haben; was gesagt wurde zur Hermeneutik des Umgangs mit der Schrift in der Einheit von Altem und Neuem Testament – vom Evangelium her und auf das Evangelium hin – und zur hermeneutischen Bedeutung der reformatorischen Bekenntnisschriften, die zu einem am Evangelium ausgerichteten Schriftgebrauch anleiten: Dies alles deutet bereits die Richtung an, in der die Bibel in der Systematischen Theologie ihre grundlegende Bedeutung hat. Damit ist nicht schon alles gesagt, aber doch Grundlegendes. Dies schließt die Rücksicht auf die Vielfalt der

biblischen Zeugnisse und auf die Vielfalt der verschiedenen Auslegungsweisen der Bibel in Geschichte und Gegenwart, insbesondere die methodisch gesicherte Auslegung durch die historisch-kritische Exegese ein. Wenn auf das Vermögen der Texte, uns umstellen zu können, abgehoben wird, dann impliziert dies eine reflektierte Hermeneutik, um den spezifischen Charakter der Texte und ihre Bedeutung, die sie in der Auslegungsgemeinschaft der Kirche haben, begründet zu entfalten, was wiederum etwas anderes ist, als die Bibel rein kulturwissenschaftlich zu verstehen.

Streit-Kultur: Zum Stichwort „Auslegungsgemeinschaft“. Man gewinnt den Eindruck, dass die Kirche sich auf lokaler und regionaler Ebene immer weiter aus der Öffentlichkeit in die sogenannten Kerngemeinden zurückzieht. Wie beurteilen Sie dies theologisch?

Annette Kurschus:

Das trifft meiner Ansicht nach so pauschal nicht zu beziehungsweise bedarf der Differenzierung. Im Jahr 2019 hatten Synode und Rat der EKD die oben bereits erwähnte interdisziplinäre Untersuchung zu Kirchenmitgliedschaft und politischer Kultur angestoßen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden in diesem Jahr veröffentlicht.

Es hat sich unter anderem gezeigt, dass die grundsätzliche Offenheit für politisch-kulturelle Themen in Kirchengemeinden groß ist. Allerdings – und das hat die Untersuchung auch ergeben – geschieht die Beschäftigung mit den vielfältigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens keineswegs reibungslos und von allein. Das Engagement hängt oft stark von Einzelpersonen ab. Entscheidend ist dann, dass Gemeinden einen Zugang zu gesellschaftlich-politischen Themen finden, der über Einzelpersonen hinausgeht. Das hängt auch davon ab, ob in der Gemeinde entsprechende Erfahrungen vorhanden sind, zum Beispiel aus einer Zeit der Profilierung in der DDR oder aus früheren Auseinandersetzungen zu gesellschaftspolitischen Fragen. Eine wichtige Aufgabe für Kirchengemeinden besteht meines Erachtens darin, die Befassung mit politisch-kulturellen Herausforderungen in Bezug zu ihrem Auftrag zu setzen und sie als genuinen Bestandteil ihres Engagements zu verstehen.

Christine Axt-Piscalar:

Wenn das „Zurückziehen“ der Gemeinden ein sich selbst nach außen Abschließen bedeutet, wäre es bedenklich und würde dem Auftrag der Kirche widersprechen, das Evangelium vor alles Volk zu bringen. Wenn es meint, dass die Gemeinden sich auf das Wesentliche von Gottesdienst und Gemeindeleben konzentrieren, um

von da aus einer Erneuerung in und aus der Konzentration auf das Wesentliche zu leben, dann ist es als ein solcher Keim einer Erneuerung des christlichen Lebens zu verstehen und zu würdigen. Wie gesagt, wenn es nicht dem Selbstabschluss nach außen dient und wenn es nicht in Formen von Gesetzmäßigkeit, die dem Evangelium widersprechen, gelebt wird, sondern wenn von dieser lebendigen „Keimzelle“ die Wirkung auf die Menschenwelt ausgeht. Früher hat man dies Mission genannt. Mit dem Rückgang der volkskirchlichen Gegebenheiten ist eine solche Konzentration, von der eine neue Bewegung der Mission ausgeht, zu würdigen, und auch im Blick darauf, dass die Gemeinden sich darauf besinnen, worin der eigentliche Glutkern ihres Daseins als christlicher Gemeinde besteht. Dies zu würdigen heißt wiederum nicht, diejenigen Formen von volkskirchlicher Zugehörigkeit, die es durchaus noch gibt, und den Beitrag der Menschen, die aus distanzierter Zugehörigkeit das Tun der Kirche gutheißen und nicht zuletzt mit Steuermitteln unterstützen, kleinzureden; sie gehören zum Sauerteig, der die Vermittlung christlichen Denkens und Handelns in der Welt bewusst mitträgt, wenn sie sich auch nicht aktiv am Gemeindeleben oder am Gottesdienst beteiligen.

Annette Kurschus:

Dass Kirche als eine Gemeinschaft erfasst wird, deren zentrale Aufgabe darin

besteht, das Evangelium in der Lebenswelt der Menschen zu kommunizieren, ist unstrittig. Zur Lebenswelt gehören aber nicht nur individuelle biographische und innergemeindlich-kollektive Erfahrungsräume, sondern auch die Erfahrungen des gesellschaftlichen Lebens und seiner politisch-kulturellen Herausforderungen. Beides gehört untrennbar zusammen. Dieser Zusammenhang muss aber in Gemeinden immer wieder begründet und theologisch plausibilisiert werden. Der Abschied von einem Kirchenverständnis, in dem Gottesdienst, Gemeinschaftserfahrung und Seelsorge im Mittelpunkt stehen und das Engagement stark nach innen gerichtet ist, gesellschaftspolitische Fragen und Kommunikation in den Sozialraum hingegen eine untergeordnete Rolle spielen, fällt mitunter schwer. Die so genannten „Kerngemeinden“ sind oft Zuhause und Familie für die Menschen, die sich zu ihnen zählen. Entsprechend vehement halten sie begrifflicher Weise an ihnen fest. Es gibt bei manchen tatsächlich eine Sorge, sich mit einem gesellschaftspolitischen Engagement in die Gesellschaft hinein „aufzulösen“. Auch fürchten manche, gesellschaftspolitische Themen könnten die Gemeinde spalten oder das ureigene Profil von Kirche verwässern.

Christine Axt-Piscalar:

Die Bedeutung der „Kerngemeinden“ zu würdigen, heißt ebenfalls nicht, dass

diese sich nicht offen zeigen sollten gegenüber solchen, die sich in unterschiedlichem Abstand der Gemeinde zugehörig fühlen und distanziert am Gemeindeleben teilnehmen; im Gegenteil: Tendenzen des Selbstabschlusses, welcher Art auch immer, entsprechen nicht dem, wozu die Gemeinden berufen sind.

Annette Kurschus:

Wo sich Gemeinden aber mit politisch-kulturellen Themen befassen, bringt dies eine Öffnung für „neue“ Themen und die Entwicklung neuer Kontaktflächen und Partizipationsmöglichkeiten mit sich. Gemeinden können Erhebliches bewirken für das Miteinander im Gemeinwesen und so zur Sichtbarkeit von Kirche im öffentlichen Raum entscheidend beitragen.

Streit-Kultur: Kommen wir zu einem Thema, das zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Kirche geführt. Wie beurteilen Sie – auch im Wechselspiel der Konfessionen und im Umgang mit der Öffentlichkeit – das Verhalten der EKD zu Fragen sexualisierter Gewalt, ihrer Aufarbeitung und Prävention?

Annette Kurschus:

In unserer Kirche wurde und wird Menschen Unrecht angetan und Leid zugefügt. Das schmerzt mich zutiefst. Und

ich sehe mit großer Sorge den riesigen Vertrauensverlust, der dadurch entstanden ist. In der Kirche müssen Menschen davon ausgehen können, dass sie sich in einem geschützten und vertrauenswürdigen Raum befinden. Erleben sie durch sexualisierte Übergriffe das Gegenteil, wiegt dies in besonderer Weise schwer und verheerend. Verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, ist ein langer Prozess. Das gilt sowohl für die mediale Wahrnehmung von Kirche in der Öffentlichkeit wie auch im Umgang mit Betroffenen. Wir werden hier zurecht an unseren eigenen christlichen Maßstäben gemessen. Prävention und Aufarbeitung sind die beiden zentralen Aufgaben, die wir auch strukturell auf allen Ebenen dauerhaft verankern und vor allem konsequent umsetzen müssen. Wir haben schon einiges erreicht, aber wir sind längst noch nicht am Ziel.

Christine Axt-Piscalar:

Im Großen und Ganzen stellt sich die EKD ihrer Verantwortung, denke ich. Die EKD-Synode hat sich mehrfach mit dem Thema befasst. Betroffene wurden auf der Synode gehört. Gremien für die Aufarbeitung wurden eingesetzt und Maßnahmen für die Prävention aufgegleist. Die Arbeit des Beauftragtenrates, wie sie im Bericht der Synode (2019) dargelegt wurde, verdient meines Erachtens Respekt. Vieles geschieht in durchaus effektiver Weise auf

der Ebene der Gliedkirchen, die sich ihre Verantwortung zu eigen gemacht haben.

Annette Kurschus:

Wir haben aber auch eine umfangreiche wissenschaftliche Studie angestoßen, die von unabhängig arbeitenden Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen durchgeführt wird. Sie widmet sich der Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt in der Vergangenheit und untersucht insbesondere die strukturellen Muster in unserer Kirche, die das Vorkommen sexualisierter Gewalt begünstigen. Das sind in der evangelischen Kirche erwiesenermaßen andere als in der katholischen Kirche. Dies alles braucht seine Zeit, weil wir nicht nur das geistliche Personal in den Blick nehmen, wie es bei der katholischen MHG-Studie der Fall war. Evangelischerseits blicken wir zusätzlich auf den gesamten Bereich der Diakonie, zum Beispiel die evangelischen Kinderheime, und auf die Mitarbeitenden in sämtlichen kirchlichen Arbeitsfeldern.

Christine Axt-Piscalar:

Ad katholischer Kirche: Sie tut sich schwer damit, die Missstände aufzudecken beziehungsweise aufdecken zu lassen und diese als strukturell bedingte anzuerkennen, will heißen, die notwendigen Konsequenzen für die katholische Kirche als Institution zu ziehen. Dass es auch in der Evangelischen Kirche eine anders gelagerte, ebenfalls

strukturell bedingte Anfälligkeit für Missbrauchsvorgänge gab und wohl noch gibt, relativiert nicht die entschiedene Kritik, die aus evangelischer Sicht an dem Umgang der katholischen Kirche mit dem Missbrauch in ihrer Kirche und an dem erschütternden Ausmaß an Fällen zu üben ist. Selbstkritisch könnte der Hinweis aufgenommen werden, in den Prozess der Aufarbeitung der EKD institutionell unabhängige Plattformen einzubinden, um möglichen institutionell bedingten Rollenkonflikten entgegenzuwirken.

Annette Kurschus:

Die evangelische Kirche hat bewusst flache Hierarchien. Das hat mit unserem evangelischen Kirchenverständnis zu tun. Es kann allerdings auch dazu führen, dass Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse verschleiert, im schlimmsten Fall missbraucht werden.

Dies wurde möglicherweise von Tätern für ihre Verbrechen ausgenutzt. Im Gespräch mit Betroffenen ist mir das vor Kurzem erneut sehr deutlich geworden. Es geht um einen „Kulturwandel“. Die vielgelobte protestantische „Kultur der Nähe“ hat auch eine Kehrseite und begünstigt Grenzverletzungen, zum Beispiel in einer gerade von Betroffenen oft als übergriffig empfundenen „Anfasskultur“. Solche Faktoren lassen wir untersuchen.

Dazu gehört, dass wir Menschen, denen im Raum unserer Kirche Leid angetan wurde, hören und unterstützen und sie bei der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen beteiligen. Die direkte Beteiligung von Betroffenen an der Aufarbeitung und am Schutz vor sexualisierter Gewalt ist für die evangelische Kirche unverzichtbar. Mit der Einsetzung des Beteiligungsforums ist ein entscheidender Schritt gelungen, weg von einem beratenden Beiratsmodell hin zu einer konkreten und verbindlichen Mitwirkung von Betroffenen. Dazu haben wir uns mit der Einsetzung dieses Gremiums verpflichtet.

Betroffene betonten, dass die praktische Umsetzung von Maßnahmen nicht durch endlose Abstimmungsschleifen in den föderalen Strukturen der EKD versanden dürfe. An vielen Stellen erlebten sie im Umgang mit kirchlichen Stellen und Mitarbeitenden immer noch, wie eine institutionelle Abwehrhaltung und der Schutz der Täter eine Aufarbeitung behindere, wenn nicht gar verhindere. Täter nutzen kirchliche Strukturen und Netzwerke, um sich zu schützen. Dies nehmen wir sehr ernst und steuern entschieden gegen.

Streit-Kultur: Zum Schluss unseres Gespräches wollen wir noch zu einem weiteren die Öffentlichkeit nachhaltig bewegenden Thema kommen: In der

deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vollzieht sich angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine ein Paradigmenwechsel. Wie beurteilen Sie diesen theologisch vor dem Hintergrund der vollzogenen ethisch-theologischen Wende vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden? Ist es an der Zeit, vor dem Hintergrund der Auffassung, dass in der Ukraine für die Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten gekämpft wird, wieder über eine Neuformulierung der Idee vom gerechten Krieg nachzudenken?

Annette Kurschus:

Ich bin skeptisch, wenn die Verteidigung der Ukraine pauschal als Verteidigung westlicher oder gar „unserer“ Werte ideologisiert wird. Es stimmt: Präsident Putin verachtet Rechtsstaatlichkeit, Opposition und freie Presse. Und Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das verurteile ich ganz klar. Die Menschen in der Ukraine verteidigen ihr Leben, ihre Freiheit und die Souveränität ihres Landes. Dazu haben sie das Recht, und sie haben auch ein Recht auf Unterstützung. Dennoch bereiten mir eine geschichtstheologische Überhöhung und eine moralische Verklärung des ukrainischen Kampfes auch Sorge. Sie werden den vielstimmigen Nachrichten aus dem Kriegsgebiet nicht gerecht. Es bleibt ein Krieg, in dem Menschen getötet

werden und der unermessliches Leid mit sich bringt. Man kann mit Waffen keine Rechtsstaatlichkeit erzwingen oder Frieden herstellen, weder in der Ukraine noch in ganz Europa.

Der Krieg in der Ukraine hat unbestreitbar das sicherheitspolitische und friedensethische Denken in Deutschland verändert. Er nötigt uns zu fragen, ob und wie einem Aggressor Einhalt zu gebieten ist, der das Recht mit Füßen tritt, sowohl die internationale Ordnung als auch die Rechte der Einzelnen und welche Verantwortung uns hierbei zufällt.

Christine Axt-Piscalar:

Der Gedanke vom gerechten oder besser: „rechtmäßig“ bzw. „im Einklang mit dem Recht“ geführten Krieg, wie er etwa in CA XVI und Apologie zu CA XVI sowie in Luthers einschlägigen Schriften zum Handeln der Obrigkeit und dem Verhältnis der Christenmenschen zur Obrigkeit entfaltet ist, zielt im Grunde genommen immer auf den gerechten Frieden.

Es wird mit dem Gedanken des gerechten Kriegs festgehalten, dass Krieg führen überhaupt nur sein darf unter bestimmten Bedingungen: Dann nämlich, wenn die eigene Bevölkerung angegriffen wird, aus Notwehr und zu ihrem Schutz und ihrer Verteidigung, sowie zur Wahrung beziehungsweise zur Wiederherstellung

einer rechtsbasierten Friedensordnung als der unabdingbaren Voraussetzung dafür, dass Menschen in Frieden und geschützt vor Willkür und Gewalt leben können. Eine einfache, bloße Entgegensetzung beider Konzepte – „gerechter Krieg“ / „gerechter Frieden“ – scheint mir insofern nicht angemessen. Die kritisch-konstruktive Debatte um die Konzeption des gerechten Friedens hat gezeigt, dass sich im Blick auf diese Konzeption die Frage nach der Legitimität rechtserhaltender Gewalt, auch in Form militärischer Gewalt, stellt. Und diese Frage ist es, die angesichts des russischen Angriffskriegs in bedrängender Weise akut geworden ist. Mit der Rede von der Verteidigung unserer westlichen Werte wäre ich zurückhaltend; mit ihr stellt sich leicht eine Tonlage ein, die die Ambivalenz überblendet, die mit dem Einsatz militärischer Gewalt doch immer auch verbunden ist. Die auf dem Völkerrecht aufruhende Friedensordnung wird verteidigt. Insofern geht es um die Legitimität rechtserhaltender Gewalt zur Wahrung beziehungsweise Wiederherstellung der diesem Recht gemäßen Friedensordnung. Auch die im Namen der Gewaltfreiheit zu hörende Tonlage überblendet auf ihre Weise die Ambivalenz, mit der gerade auch diese Option angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs und seiner Folgen verknüpft ist.

Annette Kurschus:

Die christlichen Kirchen haben sich nach den Erfahrungen der Gräueltaten des Nationalsozialismus und der Exzesse des Zweiten Weltkriegs ja im Wissen um diese Ambivalenz um weltweite Verständigung untereinander bemüht. Androhung und Ausübung von Gewalt sind aus Sicht des christlichen Glaubens strikt an die Aufgabe gebunden, für Recht und Frieden zu sorgen. Das ist nach Barmen V die Aufgabe des Staates. In den 1970er Jahren konzentrierte sich die friedensethische Diskussion darauf, ob es angesichts der Möglichkeit eines Atomkrieges überhaupt noch eine ethische Rechtfertigung militärischer Gewalt geben könne, oder ob konsequente Gewaltlosigkeit und die Ablehnung jedweder Form von Bewaffnung die gebotene Option für Christinnen und Christen sei. Diese leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung wirkt bis in die heutigen innerkirchlichen Suchbewegungen nach. Wir sind herausgefordert, immer neu auszuloten, wie tatkräftiges Eintreten für das Recht und die Würde von Menschen in Not balanciert werden kann mit dem nachhaltigen Einsatz für Frieden. Das ist mühsam! Denn in dieser unauflösbaren Spannung gibt es oft kein eindeutiges „Richtig“ oder „Falsch“. Waffen verteidigen Leben und Recht, Waffen zerstören Leben und Recht: Dieses Dilemma lässt sich nicht einseitig auflösen.

Christine Axt-Piscalar:

Die Ambivalenz bleibt. Wir müssen jetzt nicht diskutieren, ob es sich theologisch und rechtlich angemessener mit CA XVI (und den entsprechenden Ausführungen Luthers zur Sache) oder mit „Barmen“ argumentieren lässt; auch nicht, ob „Barmen“ gegen CA XVI ausgespielt werden sollte oder Barmen V nicht in dieselbe Richtung wie CA XVI weist; und ebenso nicht, ob es theologisch, ethisch und rechtlich gesehen klug ist, CA XVI zu relativieren. Den inhaltlichen Punkt, auf den es – gerade in den gegenwärtigen Debatten – ankommt, habe ich herausgestellt. Von der bloßen Begrifflichkeit her gesehen haftet gleichsam an beiden Begriffen das Problem, dass sie erklärungsbedürftig sind, und zwar im Blick auf den besagten Punkt, die Legitimität rechtserhaltender Gewalt im Fall des Angriffskriegs aus Notwehr und zum Schutz der Bevölkerung sowie zur Wahrung beziehungsweise Wiederherstellung der völkerrechtsbasierten Friedensordnung.

Annette Kurschus: Auch die kirchliche Debatte zum Ukrainekrieg, zu Fragen der Waffenlieferungen ist ja geprägt von diesem Spannungsverhältnis. Als Christen rechnen wir realistisch mit dem Bösen im Menschen – und geben zugleich die Hoffnung auf Frieden im Horizont des Reiches Gottes nicht auf. Menschen neigen zu Gewalt und Unrecht – und umgekehrt – sie müssen

vor Gewalt und Unrecht geschützt werden. Leben, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden sind hohe Güter. Sie zu schützen ist die Aufgabe des Staates. Notfalls auch mit Gewalt. Dabei sehen wir aber sehr nüchtern, bisweilen ernüchtert: Solcher Schutz und alle Hilfe zur Verteidigung sind ihrerseits mit Gewalt verbunden und stehen in Gefahr, neues Leid zu verursachen und sich schuldig zu machen. Deshalb muss sich christlich gegründetes Handeln zugleich an Jesu Rede vom Reich Gottes und seiner Vision einer besseren Gerechtigkeit messen lassen. Dieser doppelte Maßstab ist unser Kompass. Im konkreten Entscheidungsfall fordert uns das heraus; es gibt keine eindeutigen Lösungen. Wir

verfügen keineswegs über ein Wissen, das es uns erlauben würde, einzelne politische Optionen direkt aus der Bibel abzuleiten oder gar zum Willen Gottes zu erklären. Jedoch gibt der Kompass Orientierung und weist den Weg, indem er uns zumutet, stets aufs Neue abzuwägen. Christliche Ethik hilft zur Orientierung; sie nimmt Christinnen und Christen aber weder das Denken und den Streit ab noch gibt sie ihnen die Entscheidung vor.

Moderation: Philipp David und Malte Dominik Krüger

// INTERVIEWPARTNERIN



ANNETTE KURSCHUS

ist seit 2012 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und seit November 2021 Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

// INTERVIEWPARTNERIN



CHRISTINE AXT-PISCALAR

ist Professorin für Systematische Theologie an der Georg-August-Universität Göttingen und Leiterin des Institutum Lutheranum.